

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD

» VORSTAND DER ASG
MITTELFRANKEN
STELLT SICH NEU AUF
» AUS DEM BUNDESTAG:
Durchbrüche in
der Sozialpolitik



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

ein Jahr vor der Landtags- und Bezirkstagswahl steht unser Nürnberger Team! Wir haben acht starke Kandidat*innen auf unseren Stimmkreiskonferenzen gewählt.

Während eine rückwärtsgewandte Partei gerade vier Männer für den Landtag aufgestellt hat, gehen wir mit je zwei Frauen im Land und im Bezirk ins Rennen. Wir wissen: für Gleichstellung und Gerechtigkeit brauchen wir dringend die laute Stimme von über 50% der Bevölkerung.

Fachlich und politisch bringen alle acht viel mit – sie würden Land- und Bezirkstag bereichern. Dafür gehen wir in den Wahlkampf. Mit Arif Taşdelen als Generalsekretär der BayernSPD haben wir einen kurzen Draht zur Wahlkampfleitung.

Der gemeinsame Auftakt beim Landesparteitag ist der Parteispitze gelungen. Unser Kanzler Olaf Scholz hat dort für eine Regierungsbeteiligung der SPD auch in Bayern geworben. Dies wird uns gelingen – mit einem starken Spitzenkandidaten Florian von Brunn und einer geeinten Partei.

Bayern braucht eine neue Regierung. Eine, die die Sorgen und Nöte der Wohnungssuchenden, der prekär Beschäftigten und den Klimawandel ernst nimmt und endlich eines tut: fortschrittlich handeln!

Euer

Nasser Ahmed

UNSERE KANDIDIERENDEN FÜR DIE LANDTAGS- UND BEZIRKSTAGSWAHL STEHEN FEST!



2023 findet die Landtags- und Bezirkstagswahl statt. Die Vorbereitungen dafür sind schon in vollen Gange und auch für die Bürger*innen rücken die Wahlen immer mehr in den Fokus. Wir als SPD Nürnberg wollen Gas geben, denn es wird Zeit für Veränderungen in Bayern! Bayern braucht eine Regierung, die sich um die Belange der Bevölkerung sorgt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir in Bayern mit einem „immer weiter so“ nicht vorankommen. Ein Söder, der sich in der Natur ablichten lässt, aber keine echte Klimapolitik betreibt, reicht auf Dauer nicht. Eine CSU, die nur mit dem Finger hinzeigt und populistische Aussagen trifft, bringt uns in

Bayern ebenfalls nicht voran. Wir brauchen eine Regierung, die anpackt und nicht nur redet.

Die SPD Nürnberg hat die erste große Etappe in Richtung Wahlkampf erfolgreich absolviert. Im September und Oktober haben wir unsere Stimmkreiskonferenzen für die Landtags- und Bezirkstagswahl abgehalten. Unsere Delegierten aus den Ortsvereinen haben gewählt – die Kandidierenden stehen fest! Wir sind stolz darauf, ein Team aus acht starken Kandidierenden gefunden zu haben, die fachlich sowie menschlich den Landtag als auch den Bezirkstag bereichern werden. >>



STIMMKREIS NÜRNBERG WEST

In der ersten Stimmkreis-Konferenz ging es um die Kandidaturen für den Nürnberger Westen. Nachdem unser Landtagsabgeordneter Stefan Schuster nicht mehr bei den Landtagswahlen 2023 antreten wird, stellte sich für viele die Frage: Wer könnte in Stefan Fußstapfen treten? Unser Genosse und kulturpolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion Michael Ziegler hat den nötigen

Mut und warf seinen Hut in den Ring. Mit seiner Rede konnte Michael die Delegierten überzeugen und wurde mit 95,2 Prozent der Stimmen gewählt.

Sabine Knuhr trat ebenfalls für den Stimmkreis Nürnberg West an. Sie bewarb sich um eine Kandidatur für die Bezirkstagswahlen. Die Sozialpädagogin und stellver-

tretende Vorsitzende des Ortsvereins SPD Kornburg möchte mit ihrer Lebenserfahrung sowie ihrer 25-jährigen Berufserfahrung im sozialen Bereich eine starke, soziale und gerechte Politik gestalten, gegen Spaltung und Ausgrenzung und für eine echte Solidarität und Chancengleichheit. Sabine wurde ebenfalls mit 95,2 Prozent der Stimmen gewählt.



STIMMKREIS NÜRNBERG NORD

Unser Landtagsabgeordneter Arif Tasdelen möchte seinen erfolgreichen Weg im Landtag fortsetzen und hat sich erneut um eine Kandidatur für die Landtagswahlen im Stimmkreis Nürnberg Nord beworben. Mit Erfolg – der amtierende Generalsekretär der BayernSPD wurde mit 91,2 Prozent der Stimmen gewählt. Arif steht für Chancengleichheit und eine moderne Integri-

onspolitik, die alle Menschen im Blick hat. Eine große politische Aufgabe, der er sich weiterhin stellen möchte ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ausgrenzung.

Um eine Kandidatur für den Bezirkstag im Stimmkreis Nürnberg Nord bewarb sich Victor Strogies. Er ist Jurist und Vorsitzender

im Ortsverein SPD St. Leonhard-Schweinau. Er wurde von 88,2 Prozent der Delegierten gewählt. Durch seine Tätigkeit als Anwalt vertritt Victor häufig Menschen, die mit den Zuständigkeiten des Bezirks in Berührung kommen. Ihm ist es wichtig, dass der Bezirkstag noch viel stärker auf die Belange von Menschen mit Behinderung achtet und deren Bedürfnisse berücksichtigt.



STIMMKREIS NÜRNBERG SÜD UND SCHWABACH

Im Stimmkreis Nürnberg Süd und Schwabach gab es gleich zwei Personen, die sich um eine Landtagskandidatur bewarben: Claudia Arabackyj und Daniel Klug. Am Ende erhielt Claudia die meisten Stimmen mit 56,1 Prozent. Die Stadträtin weiß genau, dass eine gute Kommunalpolitik durch die Landespolitik an ihre Grenzen gerät. Sie möchte im Landtag an den notwendigen Schrauben drehen, um The-

men wie den Ausbau von Kitas, Mobilität in der Stadt, Wahlalter ab 16, Drogenpolitik und bezahlbares Wohnen voranzubringen.

Daniel Klug, der für die Jusos antrat, erreichte ein Ergebnis von 43,9 Prozent.

Unsere Schwabacher Stadträtin Magdalena Reiss kennt sich bestens aus mit dem

Bezirkstag, da sie die Geschäftsführerin der amtierenden SPD-Bezirkstagsfraktion ist. Deshalb kandidierte sie erneut für ein erneutes Mandat im Bezirkstags. Magdalena möchte eine Politik mitgestalten, die alle mitnimmt. Mit 90,5 Prozent der Stimmen wurde sie zur Bezirkstagskandidatin für den Stimmkreis Nürnberg Süd und Schwabach gewählt.



STIMMKREIS NÜRNBERG OST

Aynur Kir und Sandra Manthey traten beide für den Wahlkreis Nürnberg Ost an. Beide bewarben sich um eine Kandidatur für den Landtag. Die Delegierten wählten Aynur mit 60 Prozent der Stimmen. Die von den Jusos ins Rennen geschickte Kandidatin, Sandra Manthey erlang ein Ergebnis von 40 Prozent. Aynur möchte sich im Landtag unter anderem für eine moderne, bedarfsgerechte und solidarische Gesundheitspolitik einsetzen.

Arne Engelhardt stellte sich für eine Bezirkstagskandidatur zur Wahl. Auf der Stimmkreis-Konferenz konnte er sich aus gesundheitlichen Gründen den Delegierten nicht stellen. In einem kurzen Video, in dem sich der Lehrer vorstellte, erklärte er warum genau er der Richtige für diese Kandidatur ist. Er möchte unter anderem dafür sorgen, dass die Leistungen und Angebote des Bezirks besser verständlich, nachvollziehbarer und digital zugänglich gemacht werden.

Mit 93,33 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Arne Engelhardt zum Bezirkstagskandidaten für den Stimmkreis Ost gewählt.

Wir gratulieren allen Kandidierenden und freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf! Wir danken auch den Bewerber*innen, die es am Ende leider nicht geschafft haben. Ihr habt jede Menge Mut und Leidenschaft aufgebracht und dafür möchten wir euch unseren Respekt aussprechen!

JIN JIYAN AZADĪ

SOLIDARITÄT MIT DEN MUTIGEN MENSCHEN IM IRAN, DIE FÜR IHRE FREIHEIT

Anmerkung der Redaktion:

In dieser Ausgabe des dsp haben wir uns bewusst dazu entschieden zwei Beiträge zu den Protesten im Iran einzubauen. Beide Beiträge betrachten dieses wichtige Thema aus zwei verschiedenen Sichtpunkten: Frauenpolitik und Jugendpolitik.

von CANAN CANDEMIR

Überblick

Am 16. September 2022 starb die 22-jährige Jina¹⁾ (Mahsa) Amini in einem Krankenhaus in Teheran. Sie starb an den Misshandlungen der iranischen Sittenpolizei. Festgenommen und zu Tode geprügelt, weil sie vermeintlich gegen die islamischen Kleidervorschriften verstoßen haben soll. Gestorben, weil ein Regime glaubt, dass ein Menschenleben weniger wert ist als die Einhaltung ihrer Regeln.

Jina wurde zum Symbol für die Repression von Frauen in der Islamischen Republik Iran. Ihr Tod hat tausende Menschen auf die Straßen gebracht, die sich gegen die Gewaltherrschaft des Regimes stellen, allen voran junge Frauen und Mädchen. Es geht den Protestierenden längst nicht mehr um den Kopftuchzwang, sondern vielmehr um die Systemfrage. Die Proteste verbreiten sich wie ein Lauffeuer im ganzen Land. Schülerinnen, die mit wehenden Haaren den Chef der Bildungsbehörde von ihrer Schule jagen, Frauen, die ihr Kopftuch in der Luft werfen und laut schreien „Islamische Republik, wollen wir nicht, wollen wir nicht.“, wohlwissend, dass es sie das Leben kosten kann. Welch enormer Mut.

Das Regime hat Angst und reagiert mit enormer Brutalität auf die Proteste. Seit Jinas Tod wurden laut Schätzungen durch staatliche „Sicherheitskräfte“ mehr als 100 Menschen ermordet. Darunter auch mindestens 23 Kinder. Das jüngste bekannte Opfer war erst 11 Jahre alt. Mehr als 1.000 Protestierende sollen inhaftiert worden sein, darunter auch prominente Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft, Journalist*innen, Filmemacher*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und Anwält*innen. Um die Koordination der Protestierenden sowie die Dokumentation der schweren Menschenrechtsverbrechen zu verhindern, wurden Internet und Mobilfunk deaktiviert.

¹⁾ Amini gehörte der kurdischen Minderheit im Iran an und stammte aus Saqqez in der Provinz Kurdistan. Ihr kurdischer Name Jina wurde von den staatlichen Behörden nicht anerkannt, weshalb sie offiziell den Namen Mahsa erhielt.

Proteste neuen Ausmaßes

Die aktuellen Proteste sind in vielerlei Hinsicht einzigartig und haben eine neue Qualität. Deutlicher als in der Vergangenheit wird die Systemfrage gestellt. Waren die meisten Proteste der letzten Jahre vorrangig sozio-ökonomisch motiviert, ist der aktuelle Auslöser politisch: die Frage der Rolle der Frau in der Gesellschaft, symbolisiert durch das Kopftuch. Der Leitspruch der Proteste, entlehnt aus der kurdischen Frauenbewegung: „JIN JIYAN AZADĪ“ – Frauen, Leben, Freiheit. Männer protestieren mit und zeigen sich solidarisch bei dem Kampf der Frauen um Selbstbestimmung und Freiheit. Die aktuellen Proteste werden im Gegensatz zu bisherigen Protestbewegungen wie beispielsweise der „Grünen Bewegung“ 2009 von unterschiedlichen Bevölkerungsschichten getragen.

Obwohl das iranische Regime mit großer Härte gegen Widerstand und Demonstrationen vorgeht, beteiligen sich im ganzen Land immer mehr Menschen daran. Die Bewegung wird dabei stark von Studierenden und Universitäten getragen. Selbst regimenahe Gruppen der iranischen Gesellschaft (untere Mittelschicht) beteiligen sich mittlerweile an den Protesten. Dass es sich insgesamt um eine neue Dimension der Auflehnung handelt, zeigt sich auch daran, dass sogar an Oberschulen und dort verstärkt durch Schülerinnen Protest entsteht.

Zwar sind Proteste im Iran nichts neues, jedoch ging es in der jüngeren Vergangenheit dabei mehrheitlich um Verteilungsfragen, wie beispielsweise Lohn- bzw. Rentenforderungen oder Wasserknappheit in einzelnen Landesteilen. 2019 wurden landesweite Auflehnungen aufgrund von Subventionskürzungen mit größter Brutalität niedergeschlagen. Und anders als in der „Grünen Bewegung“ 2009 geht es aktuell nicht mehr um Reformen und die Ausgestaltung des Systems, sondern grundsätzlich gegen die Islamische Republik Iran in seiner derzeitigen Ausprägung.

Die aktuellen Ereignisse kommen für die iranische Führung zur Unzeit. Die wirtschaftlichen Verheißungen der islamischen Revolution, die den Wohlstand der Ölexporte für die breite Gesellschaft zugänglich machen

sollten, verpuffen aufgrund von Sanktionen und politischen Fehlern. In diesem Spannungsfeld flüchtet sich das Regime deshalb in ideologische Dogmen, wie zum Beispiel die strenge Pflicht für Frauen, ein Kopftuch zu tragen. Gleichzeitig machen sich im religiös-konservativen Bürgertum Abstiegsängste aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Probleme der letzten Zeit breit.

Machtkampf um die Nachfolge des Obersten Führers

Zudem ist der Machtkampf um die Nachfolge des 83-jährigen Obersten Führers in vollem Gange. Die Nachfolge der einflussreichsten und mächtigsten Person im Staat Iran soll nach dem Willen der iranischen Hardliner klar aus ihren eigenen Reihen erfolgen. Der Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen (2018) hat sie politisch gestärkt und ihnen die Chance eröffnet, gemäßigte Strömungen im Land an den Rand zu drängen. Zudem sorgten Scheinwahlen für Parlament und Präsident in den letzten beiden Jahren buchstäblich für eine Untergrabung der Vielfalt im Land. Die niedrige Wahlbeteiligung dürfte sich dabei auch negativ auf die Legitimation der Führung in der Bevölkerung auswirken. Das Regime kann jedoch weiterhin auf reiche Eliten und treue Anhänger*innen zählen, die das bestehende System aus ideologischer Überzeugung aufrechterhalten wollen.

Framing des Regimes

Der Versuch der iranischen Führung, die landesweiten Aufstände auf kurdische Separatismus-Bestrebungen zu schieben, wird durch militärische Angriffe Irans in Irakisch-Kurdistan begleitet. Hierdurch erhofft sich Teheran eine gesellschaftlich-nationalistische Mobilisierung gegen die Proteste.

Was sagen Bundesregierung und EU

Die Ampel-Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag bereits festgehalten, dass sie „von der iranischen Regierung eine deutliche Verbesserung der prekären Menschenrechtslage und die Freilassung aller politischen Gefangenen [erwarten].“

Anfang Oktober hat Außenministerin Annalena Baerbock den iranischen Botschafter einbestellt. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit Frankreich, Dänemark, Spanien, Italien und Tschechien Vorschläge gemacht, wie Sanktionen verschärft werden können. Dabei geht es um gezielte Sanktionen gegen 16 Personen, Organisationen und Einrichtungen. Auf Diplomaten-Ebene hat man sich am 13. Oktober 2022 auf Sanktionen verständigt.

Auch im Bundestag wurde am 29. September und 12. Oktober 2022 über die aktuelle Lage im Iran diskutiert. Hierbei hat unsere Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich in ihrer Bundestagsrede vom 12. Oktober 2022 unter anderem Unterstützung für technische Lösungen zur Umgehung der Internet-Zensur angemahnt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat schon Anfang Oktober die Länder dazu aufgefordert, möglichst schnell über einen Abschiebestopp nach Iran zu entscheiden („Abschiebungen in den Iran sind in der aktuellen desaströsen Menschenrechtslage nicht verantwortbar“). Viele Länder haben das bereits umgesetzt. Als erstes Land Niedersachsen (SPD-Innenminister Pistorius), nachgezogen sind unter anderem NRW und Saarland. Bayern hat Abschiebungen in den Iran (mit Ausnahme schwerer Straftäter) erst nach einem öffentlichen Shitstorm ausgesetzt, nachdem man in Passau einen 41-jährigen Iraner unter falschem Vorwand ins Landratsamt gelockt hat, um ihn abzuschleppen.

Die EU hat am 17. Oktober ein zielgerichtetes Sanktionspaket gegen Personen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, insbesondere gegen die iranische Sittenpolizei und weitere politische Verantwortliche des Landes beschlossen. Auf der Liste der sanktionierten Personen steht auch der iranische Minister für Informations- und Kommunikationstechnologie, Issa Zarepour, da er für die Abschaltung des Internets verantwortlich war. Gegen die Betroffenen wurden Einreiseverbote verhängt und ihr Vermögen in der EU eingefroren. Auch die Ausfuhr von zur internen Repression verwendbarer Ausrüstung und von Ausrüstung für die Überwachung des Telefonverkehrs in den Iran wurde verboten.

Der Freiheitskampf im Iran geht uns alle an

Im Iran kämpft gerade die kraftvollste feministische Bewegung weltweit für Menschenrechte. Diese mutigen Menschen brauchen jetzt unsere Unterstützung und Solidarität. Es geht für sie um Alles oder Nichts. Deshalb müssen auch wir laut bleiben und ihre Stimme verstärken.

Quelle:
harrystaabl flickr



In einem Podcast (14.10.2022) bezeichnete Barack Obama die fehlende öffentliche Unterstützung der USA für die Proteste von 2009 als eine verpasste Gelegenheit, die demokratischen Bestrebungen des iranischen Volkes zu unterstützen: „Im Nachhinein denke ich, dass dies ein Fehler war. Jedes Mal, wenn wir ein Aufblitzen, einen Hoffnungsschimmer von Menschen sehen, die sich nach Freiheit sehnen, denke ich, müssen wir darauf hinweisen. Wir müssen ein Schein-

werferlicht darauf richten. Wir müssen eine gewisse Solidarität zum Ausdruck bringen.“

Angesichts der Tatsache, dass es sich beim Iran um einen Unrechtsstaat handelt, der seine eigene Bevölkerung jagt, willkürlich verhaftet, einsperrt, misshandelt, foltert, vergewaltigt und ermordet, ist eine Neujustierung der deutschen Außenpolitik gegenüber der Islamischen Republik dringend notwendig.

Save the Date

26.11.2022

Veranstungshinweis der ASF Nürnberg

Wort + Café

mit Sozialreferentin Elisabeth Ries und Ver.di Gewerkschaftssekretärin Jaana Hampel zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Datum: Samstag, den 26.11.2022

Uhrzeit: 10:30 – 12:30 Uhr

Ort: Nachbarschaftscafé Marie15 in der Marienstraße 15
(mit Kinderspielecke)

Nähere Informationen folgen.

VORSTAND DER ASG MITTELFRANKEN STELLT SICH NEU AUF



Dr. Armin Rüger
ASG-Landesvorsitzender

Die ASG Bayern sieht sich keinesfalls als „Lobbyistenvereinigung“ der Beschäftigten im Gesundheitswesen (ergänzt durch den umfangreichen Bereich der Pflege), sondern ist die gestaltende Kraft sozialdemokratischer Gesundheits- und Pflegepolitik. Das Wissen und die Erfahrungen der Mitglieder sind Grundlage vielfältiger Ideen, die in Form von Anträgen, Initiativen und vielfältigen Veranstaltungen das sozialpolitische Gesicht der SPD prägen. Die Etablierung einer solidarisch finanzierten Kranken- und Pflegeversicherung (Stichwort: „Bürgerversicherung“) ist Kernthema unserer Aktivitäten. Ebenso fordern wir die Abkehr von einer renditeorientierten Gesundheits- und Pflegewirtschaft durch Kapitalinvestoren. Gesundheit und Pflege sind ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

Kurz noch einige Daten zu meiner Person:

Armin Rüger, 60 Jahre alt, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, fast seit 30 Jahren niedergelassener Hausarzt in meiner Heimatstadt Sulzbach-Rosenberg. Seit ca. 15 Jahren im Landesvorstand der ASG Bayern aktiv (zunächst Beisitzer, später stv. Landesvorsitzender). Nach dem plötzlichen Tod von Friedhelm Esch aus Bayreuth wurde ich am 24.08.2012 zusammen mit Marie-Luise Bickes aus Nürnberg zunächst zum kommissarischen Landesvorsitzenden der ASG Bayern ernannt und anlässlich der ASG Landeskonferenz am 30.11.2013 zum ASG Landesvorsitzenden gewählt. Eine ehrenvolle Aufgabe, die ich bis heute mit tatkräftiger Unterstützung der weiteren Landesvorstandsmitglieder ausüben darf. Mit Ausnahme von Schwaben ist die ASG in allen bayerischen Regierungsbezirken präsent.



Aynur Kir
Co-Vorsitzende ASG Mittelfranken

Ich bin seit 2016 bei der ASG Mittelfranken. 2016-2022 war ich in der stellvertretenden

Funktion und seit April bin ich die Co-Vorsitzende. Von Beruf bin ich Diplom-Sozialpädagogin und Paartherapeutin und arbeite seit 25 Jahren in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Klinikum Nürnberg Nord. Aktiv bin ich auch in dem Verein „Nürnberger Bündnis gegen Depression e.V.“ und setze mich seit vielen Jahren für die bessere Versorgung von psychisch kranken Menschen ein.

In der ASG sind mir folgende Themen sehr wichtig:

- > die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit
- > die Zukunft der ambulanten ärztlichen Versorgung, vor allem in den ländlichen Gebieten
- > unbürokratischer und schnellerer Zugang zum Facharzt
- > bessere Versorgung von psychisch Kranken, insbesondere von Jugendlichen
- > Stärkung der Pflege und der sozialen Berufe
- > `Prävention` in allen Teilen der Gesellschaft verankern - in Schulen, KiTa's und Kommunen.



Dr. Susanne Jauch
stellvertretende Vorsitzende
ASG Mittelfranken

Ich bin seit Anfang der 90er Jahre bei der ASG (Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen) aktiv. Früher gab es auch eine eigene ASG in Nürnberg, die ich eine Zeit lang als Vorsitzende leitete. Bei der Kommunalwahl 1996 war unser Motto „Entscheiden Sie sich für eine zukunftsweisende Gesundheitspolitik“ - wir haben uns für eine gesunde Umwelt und für den Ausbau der Gesundheitsförderung eingesetzt. Die Themen sind die gleichen geblieben. Die AG „Selbstaktiv“ gab es da noch lange nicht und ich fand mit den Themen „Behindertenpolitik“ immer Gehör in der ASG.

Aktuell geht es

- > um die Verbindung von Klimaschutz und Gesundheit, z.B. durch Hitzeaktionspläne.
- > um die wirkliche Barrierefreiheit von Kliniken und Arztpraxen und
- > um Zugang von allen zum Gesundheitssystem.



Dr. Horst Krömker
Co-Vorsitzender ASG Mittelfranken

Geboren 1949 in Hirschau/Oberpfalz, verheiratet, Abitur in Forchheim, Studium der Medizin an der FAU Erlangen-Nürnberg, Weiterbildung zum Nervenarzt am Klinikum Nürnberg, danach dort lange Oberarzt in der psychiatrischen Klinik. Dann Leitender Arzt an der psychiatrischen Klinik in Brig/Oberwallis, danach 8 Jahre Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Zschadraß/Sachsen, bis 2019 in Kassenarztpraxis in Erlangen, seit 2020 privatärztlich in Nürnberg tätig

Schwerpunkte meiner politischen Arbeit in der ASG liegen in folgenden Themen:

Deökonomisierung der medizinischen Versorgung, Verbesserung der medizinischen Versorgungsstrukturen. Besonderes Ziel ist die Verbesserung der Versorgung Drogenabhängiger: Ausbau der Substitutionsangebote und die Schaffung eines Drogenkonsumraums in Nürnberg.



Kurt Reiner
stellvertretender Vorsitzender
ASG Mittelfranken

Mein Name ist Kurt Reinelt. Ich bin seit 2010 (wieder) in der SPD aktiv, besonders im OV Fischbach, in der Afa, ASJ, „Christen in der SPD“ und seit 2013 als Stellvertretender Vorsitzender der ASG Mittelfranken sowie zeitweise als Afa-Vertreter auch im Vorstand der SPD in Nürnberg und in Mittelfranken. Für das Thema Gesundheit interessiere ich mich besonders seit 2007 als (Vollzeit-) Betriebsseelsorger weil ich hier auch Krankenhäuser, Seniorenpflegeheime, ambulante Pflegedienste, Behinderteneinrichtungen und Servicedienste betreue. Ich habe bei der AOK 1997-1980 gelernt und bin seitdem mit unserem Gesundheitssystem und dessen Finanzierung vertraut. Mich stört der seitdem zunehmende Übergang von öffentlichen und freigemeinnützigen Trägern und Bedarfsorientierten

Leistungen hin zu einem zunehmend DIG-gestützten renditeorientierten Privat Gesundheitssystem. Auch die allgemeine Haus- und Facharztversorgung wird zunehmend durch kapitalorientierte Zentren abgelöst. Dadurch ergeben sich Zwänge zur refinanzierten Arbeitsverdichtung und verdeckten Aushöhlung der Fachkraftquoten. Der Pflegekräftemangel ist dann die logische Folge. Die ASG bemüht sich dabei um Transparenz und gezielte Verbesserungsvorschläge. Hier - und auch im Verdi-Mittelfranken-Vorstand für Gesundheit - will ich aktiv mitwirken.



Jan Evers
Beisitzer im ASG Mittelfranken

Nach meiner Ausbildung zum Notfallsanitäter bei der Bundeswehr bin ich mittlerweile Medizinstudent in Erlangen. So liegt mir die Notfallmedizin mit den Herausforderungen des zu erwartenden Fachkräftemangels und dem Miteinander der Berufsgruppe am Herzen.



von KIR AYNUR/DR.HORST KRÖMKER

Bericht

Die Zukunft der ambulanten ärztlichen Versorgung – am Mittwoch, den 28.09.22 fand die Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Herrn Dr. Singer, dem Vorstandsbeauftragten der KVB Mittelfranken, statt. Inhaltlich ging es in erster Linie um die Zukunft der ambulanten Versorgung, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Im ländlichen Bereich droht jetzt

schon eine ärztliche Unterversorgung. Es wird immer schwieriger, Praxisnachfolger*innen zu finden. Und in den Städten werden immer mehr Arztpraxen in sogenannte „Medizinische Versorgungszentren“ integriert. Aufgrund der Aktualität des Themas stieß die Veranstaltung mit Herrn Dr. Singer auf großes Interesse. Nach reger Diskussion über die Gründe und mögliche Lösungsansätze ging die Veranstaltung nach zwei Stunden zu Ende. Die ASG Mittelfranken hat die Lösungsansätze der Veranstaltung in einem Antrag zusammengefasst:

Adressat: ASG-Landesvorstand, ASG-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bezirk Mfr., SPD-Stadtratsfraktion

Antrag:

Die ASG Mittelfranken sieht die zunehmende Ausbreitung von medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die renditeorientierten Kapitalgesellschaften und Investoren gehören, mit großer Sorge. Es besteht die Gefahr, dass die Gewinnerwartung der Investoren zum handlungsbestimmenden Kriterium ärztlichen Handelns wird. Schon jetzt liegen die generierten Kosten pro Patient in MVZ's deutlich höher als in inhabergeführten Praxen. Medizinische Versorgungszentren werden häufig nach wenigen Jahren weiterverkauft, so dass die Besitzverhältnisse immer undurchsichtiger werden. Gleichzeitig besteht die Aufgabe, einer drohenden ärztlichen Unterversorgung in ländlichen Gebieten entgegenzuwirken.

Die ASG fordert daher:

1. Transparenz

Die Besitzverhältnisse müssen öffentlich gemacht werden. Es muss klar sein, wem ein MVZ gehört und wer die Gewinne abschöpft. Die Patient*innen haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wer an ihren Krankenkassenbeiträgen verdient. Dazu sollte ein öffentlich einsehbares Register eingeführt werden, in dem die Eigentumsverhältnisse zu erkennen sind. Es muss verhindert werden, dass die Versicherungsbeiträge der Solidargemeinschaft für die Rendite privater Investor*innen verwendet werden und so dem Gesundheitssystem entzogen werden. Die verpflichtende Einführung der Gemeinnützigkeit für medizinische Einrichtungen (z.B. durch die Organisationsform einer gGmbH) könnte dies gewährleisten.

2. Kommunale Trägerschaft verstärken

Medizinische Versorgungszentren sind seit 2015 auch in kommunaler Trägerschaft möglich. Es wird jedoch davon zu wenig Gebrauch gemacht. Kommunen, die gerade in schlecht versorgten Gebieten den Aufbau eines MVZ's planen, sollten organisatorisch und fachlich vom Gesundheitsministerium und der kassenärztlichen Vereinigung unterstützt werden.

3. Bevorzugung der sog. Konzeptbewerbungen abschaffen

Bisher sind die Zulassungsgrenzen gesetzlich gehalten, sog. „Konzeptbewerbungen“ auf freie Kassenarztsitze zu bevorzugen. Dies bedeutet, dass ein*e Bewerber*in auf einen freien Kassenarztsitz, der*die angibt ein MVZ aufbauen zu wollen, bei der Vergabe bevorzugt werden soll. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die vorgelegten Konzepte häufig nicht realisiert werden, sondern die Kassenarztsitze anders verwendet werden. Es besteht dann aber keine Möglichkeit, die Vergabe des Kassenarztsitzes rückgängig zu machen.

4. Die Möglichkeiten der Kassenärztlichen Vereinigung, Unterversorgung zu verhindern, stärken

In ärztlich knapp versorgten Gebieten, die aber noch nicht Kriterien einer drohenden oder bestehenden Unterversorgung erfüllen, sollte die KV die Möglichkeit erhalten, rechtzeitig aktiv zu werden. Sie könnte dann niederlassungswilligen Ärzt*innen organisatorisch und finanziell helfen, den „Sprung in die Niederlassung“ zu wagen. Es ist ungleich schwieriger, eine Praxis neu aufzubauen, wenn durch Praxisschließungen eine Unterversorgung bereits eingetreten ist, als in noch funktionierende Strukturen mit Unterstützung einzusteigen.

DURCHBRÜCHE IN DER SOZIALPOLITIK



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Die hohen Energiekosten sind für viele Menschen, aber auch für Betriebe, eine große Belastung. Deswegen ist es gut, wenn wir das Problem mit einer Strompreis- und einer Gaspreisbremse nachhaltig lösen. Bis zu 200 Milliarden Euro stellt die Bundesregierung dafür bereit. Im Bundestag geht es aber nicht nur um akute Krisenbewältigung. Mit dem Bürgergeld und der Wohngeldreform haben wir – nach der kräftigen Mindestlohn-erhöhung – gerade zwei weitere wichtige Strukturreformen auf den Weg gebracht.

Mit dem Bürgergeld setzen wir um, was die SPD seit langem will: Das Arbeitslosengeld II überwinden. Dabei schließen wir die bisherigen Gerechtigkeitslücken dauerhaft. Schon vor dem Hintergrund der Pandemie hatten wir in der Großen Koalition erreicht, dass der Sparstrumpf nicht vollständig geleert werden muss und nicht erstmal in eine kleinere Wohnung gezogen werden muss, wenn man staatliche Hilfe haben will. Die Angst, über Jahrzehnte Erspar-tes und Erarbeitetes abgeben zu müssen, war ein großes Problem. Das lösen wir mit dem Bürgergeld dauerhaft. Künftig soll es eine zweijährige Übergangszeit für Wohnen und Vermögen geben. Auch ab dem dritten Jahr soll es Verbesserungen geben, wie größere gestattete Wohnflächen, wenn jemand im Eigenheim wohnt.

Die Sanktionen werden auf das Mindestmaß reduziert. Im Vordergrund steht ein Kooperationsplan in klarer und verständlicher Sprache. Und: Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende dürfen mehr dazuverdienen. Wenn das neue Bürgergeld zum 1. Januar 2023 startet, dann ist der Regelsatz höher. Er steigt um fast 12 Prozent oder 50 Euro. Was aber noch wichtiger ist: Die Inflation wird künftig immer zeitnah berücksichtigt und nicht erst nachgelagert. Wenn also künftig die Preise für

den typischen Bedarf steigen, dann steigen automatisch und viel schneller als bislang die Regelsätze. Das ist nur fair, denn wer kaum Geld zur Verfügung hat, braucht bei steigenden Preisen schnelle Unterstützung.

Gerade für uns als SPD ging es aber nie darum, nur zu schauen, dass Arbeitslose möglichst gut versorgt sind. Unser Anspruch ist höher: Wir wollen erreichen, dass Arbeitslose **möglichst gute Chancen** erhalten, wieder zurück in Arbeit zu kommen. Deswegen soll beim Bürgergeld noch mehr gefördert werden. Der Grundsatz „Ausbildung vor Aushilfsjob“ soll bei der Vermittlung noch stärker gelten, damit Betroffene eine langfristige Perspektive bekommen. Wenn jemand an abschlussbezogenen Weiterbildungen teilnimmt, gibt es ein zusätzliches monatliches **Weiterbildungsgeld** in Höhe von 150 Euro. Wer sich nicht hängen lässt und an der beruflichen Zukunft arbeitet, hat also dann auch mehr Geld in der Tasche.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist es uns als SPD auch gelungen, den von uns in der Großen Koalition durchgesetzten **Sozialen Arbeitsmarkt** zu entfristen. Dauerhaft haben die Jobcenter nun die Möglichkeit – das wird auch in Nürnberg längst erfolgreich genutzt – Langzeitarbeitslose mit Lohnkostenzuschüssen und Begleitung nachhaltig zu unterstützen. Bei diesem Weg zurück in Arbeit geht es um einen ganzheitlichen Ansatz: Es werden auch die Probleme in den Blick genommen, die vielleicht einer Wiedereingliederung entgegenstehen.

Ein wirklicher Durchbruch ist die **Wohngeldreform**. Mit ihr soll sich das Wohngeld auf durchschnittlich 370 Euro pro Monat verdoppeln.

Die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte verdreifacht sich – von 600.000 auf zwei Millionen. In Nürnberg sind die Wohngeldempfangenden etwa jeweils zur Hälfte Erwerbstätige bzw. Rentner*innen. Bei letzteren ist oft folgendes der Fall: Sie bekommen zwar zu viel Rente, um die Grundsicherung im Alter zu erhalten. Aber die Rente reicht trotzdem kaum zum Leben – geschweige denn für steigende Mieten und Heizkosten. Wohngeld kann nur erhalten, wer trotz Erwerbstätigkeit (oder Rente) kein ausreichendes Einkommen hat. Es dient also allen, die nicht viel verdienen, aber hart arbeiten oder früher hart gearbeitet haben. Auch die **Heizkosten** werden mit dem neuen Wohngeld dauerhaft bezuschusst. Mit einer Klimakomponente soll zudem bei Modernisierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Viele wissen leider nicht, dass sie einen Anspruch auf Wohngeld haben. Das gilt übrigens auch für diejenigen, die im Eigenheim wohnen oder in einem Pflegeheim leben. Menschen mit kleinem Einkommen sollten daher spätestens ab Januar nächsten Jahres beim Sozialamt ihren Anspruch prüfen lassen, wenn dann der Kreis der Berechtigten deutlich ausgeweitet wird. Was viele auch nicht wissen: Mit dem Anspruch auf Wohngeld gehen weitere Vergünstigungen einher: So können Wohngeldempfangende auch den **NürnbergPass** erhalten für zahlreiche Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Freizeit und Sport. Wer Wohngeld empfängt, kann zudem die zahlreichen Leistungen aus dem **Bildungspaket** bekommen, wie die Kostenübernahme für Klassenfahrten, und nicht zuletzt vergünstigtes Fahren mit dem ÖPNV. Gerade für Familien und Alleinerziehende ist das Wohngeld daher eine immense Unterstützung.

Mit Schwung in den
**BILDUNGS-
WAHLKAMPF 2023**

Wege aus dem Bildungsnotstand –
Impulse für eine zukunftsfähige Bildung

Unsere Landtagskandidat*innen stellen ihr
Bildungsprogramm vor, mit dem sie in den
Landtagswahlkampf ziehen wollen.

Diskutiert mit uns!

Wann? Mo, 14.11.2022, 19 Uhr
Wo? KBZ, Willy-Pröb-Saal

Nürnberg.
SPD **AfB**



EIN GERECHTES BILDUNGSSYSTEM MIT GLEICHEN CHANCEN FÜR ALLE

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Dieser Tage zeigt sich erneut, dass die Erstausrüstung der Kinder für den Schulbesuch viele Familien vor große finanzielle Herausforderungen stellt. Spaziert man durch die Fußgängerzone und betritt den ein oder anderen Schreibwarenladen, sind vor allem zu Schulbeginn sämtliche Schulsachen zum Kauf ausgestellt. In einen Schulranzen für den Schulstart gehören so einige Dinge: Federmäppchen, Hefte, Malkasten, Trinkflasche etc. – Alles, was eben zu einem Schullalltag dazugehört. Da werden pro Kind schon einmal 250 Euro und mehr fällig. Dies überfordert zunehmend viele Eltern und Alleinerziehende. Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns deshalb für eine echte Lernmittelfreiheit ein. Das ist unsere Politik – Gleiche Chancen für alle!

Dazu gehören nicht nur Schulbücher, sondern auch Hefte, Stifte, digitale Endgeräte und auch ein Schulranzen. Eines ist klar: Wir müssen in dieser schwierigen Zeit auch an Familien mit schulpflichtigen Kindern denken und sie spürbar entlasten. Ministerpräsident Söder und die Bayerische Staatsregierung bleiben wiederum untätig und zeigen nur mit dem Finger nach Berlin. Wir alle wissen aber, wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, zeigen drei auf einen selbst. Das stört Ministerpräsident Söder aber anscheinend nicht, denn er ist den Familien bis heute eine Erklärung schuldig. Da hilft es auch nichts, dass er auf der Jubiläumsfeier zum 200-jährigen Bestehen des Nürnberger

Lehrer- und Lehrerinnenvereins e.V. im Nürnberger Rathaus die Defizite der bayerischen Bildungspolitik in einer einstündigen Rede aufzeigt und versucht, die Schuld alleine auf den aktuellen Kultusminister der Freien Wähler zu schieben. Die Defizite der Bildungspolitik würden, wenn man sie ernsthaft aufarbeiten möchte, einer viel längeren Rede bedürfen und es ist nicht richtig, die Schuld nur bei anderen zu suchen. Hier muss man als Ministerpräsident Verantwortung übernehmen, anstatt sie auf andere zu schieben. Gerechte Bildungspolitik ist uns ein besonderes Anliegen. Deshalb haben wir uns auf unserer Herbstklausur der SPD-Landtagsfraktion in Nürnberg im letzten Monat auch diesem Thema gewidmet. Zu groß sind die Versäumnisse der schwarz-orangen Koalition in Bayern. Wieder einmal wurde in den Sommerferien bekannt, dass Bayern einen eklatanten Lehrer*innenmangel aufweist. – Wie jedes Jahr. Und was lernt die Staatsregierung daraus? Nichts! Jedes Jahr verschärft sich die Situation in den Schulen. Die Folgen davon sind immer größere Klassen, Unterrichtsausfälle, kein Sportunterricht und keine Zusatzangebote, die Schule auch zu einem sozialen Ort machen. Erschreckend ist, dass der bayerische Kultusminister die Zahl der fehlenden Lehrer*innen nicht einmal beziffern kann. Gewerkschaften und Verbände beziffern die fehlenden Lehrer*innen, die im bayerischen Bildungssystem fehlen, auf 4000. Hinzu kommen Sozialarbeiter*innen, Verwaltungskräfte und mehr. Die Situation in den Grund- und Mittelschulen ist besonders alarmierend. Hier fehlen die

meisten Lehrer*innen. Die Zahl der Lehramtsstudierenden für Grund- und Mittelschulen geht weiterhin zurück. Gründe dafür sind befristete Stellen, Entlassungen über die Sommerferien, längere Arbeitszeiten im Vergleich zu weiterführenden Schulen und schlechtere Eingangsbesoldungen. Dies verdeutlicht den Stellenwert von Grund- und Mittelschulen für diese Landesregierung. Das ist in meinen Augen ein Skandal.

Wir brauchen dringend eine Bildungsreform in Bayern. Dabei müssen auch Gewerkschaften, Verbände, Schüler*innen, Eltern und die gesamte Schulfamilie beteiligt werden. Andernfalls verlieren wir viele Kinder und überfordern unzählige Familien und Schulen sowie Lehrer*innen. Das können und dürfen wir besonders in dieser schwierigen Zeit nicht zulassen. Kinder und Jugendliche brauchen einen guten Lernort, an dem sie sich gut aufgehoben und verstanden fühlen. Lehrer*innen brauchen mehr Zeit, um die Kinder individuell zu fördern. Das funktioniert nur mit kleineren Klassen und multi-professionellen Teams in den Schulen. Auch eine bessere Ausstattung der Schulen mit Verwaltungskräften entlastet Lehrerinnen und Lehrer sowie Familien erheblich.

Bildungspolitik ist so wichtig, um sie der Ideologie von schwarz-orange zu überlassen. Deshalb wird die kommende Landtagswahl auch eine Schicksalswahl für unser Bildungssystem, ja für unsere Kinder und Familien.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Mittelmeier
Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman
Grafische Gestaltung: Michael Graf
Korrektur: Dagmar Köhnlein
Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de
Tel: 0911 - 438960
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare



INNEN- UND SICHERHEITSPOLITIK IN BAYERN –

EIN JAHR VOR DER LANDTAGSWAHL



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Ein Jahr vor der Landtagswahl lohnt es sich, einen Blick auf die Innen- und Sicherheitspolitik in Bayern zu werfen. Als eines der größten Politikfelder der Landespolitik werden Fragen und Antworten zu innenpolitischen Themen einen wichtigen Teil der inhaltlichen Auseinandersetzung der Parteien im Wahlkampf darstellen. Als Innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion möchte ich aufzeigen, wo wir innenpolitisch ein Jahr vor der Landtagswahl stehen und welche Antworten die SPD auf aktuelle innenpolitische Fragestellungen gibt.

Polizei und Verfassungsschutz

Wer an Innenpolitik denkt, der wird an einem Themenkomplex nicht vorbeikommen: Der Polizei und der Kriminalitätsbekämpfung im Freistaat. Die Ausgangslage macht auf dem Papier zunächst einen guten Eindruck. Bayern hat eine sehr niedrige Kriminalitätsrate (3.869 Straftaten pro 100.000 Einwohner*in 2021; 2020: 4.291) und gilt mit als das sicherste Bundesland in Deutschland. Dennoch ist aus unserer Sicht noch vieles zu tun. Auch für die SPD gilt der Anspruch, sicherstes Bundesland in Deutschland zu bleiben, die Polizei soll sich bei ihrer Arbeit auf dem Boden unserer Verfassung bewegen und deswegen ein verfassungskonformes Polizeiaufgabengesetz erhalten. Auch muss die Personalstärke der Polizei weiter erhöht werden, um die Beschäftigten, die seit Jahren mit einer unermesslichen Summe an Überstunden (2,4 Millionen) belastet sind, nachhaltig zu entlasten. Schon in den letzten Jahren zeigt sich ein enormer Anstieg an Straftaten im digitalen Raum (39.469 Fälle 2021,

10,7 % mehr als 2020). Die Polizei muss sich daher aktiv an diese Entwicklung anpassen und ihre digitalen Kompetenzen deutlich erhöhen. Für die SPD steht fest, das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.

Neben der Polizei hat aber auch der bayerische Verfassungsschutz eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit in Bayern inne. Doch hier hat sich die Staatsregierung zahlreiche Versäumnisse in den letzten Jahren geleistet. Erst zuletzt hat ein starkes Urteil aus Karlsruhe bewiesen, dass sowohl die Ausrichtung als auch die Arbeit des bayerischen Verfassungsschutzes einer Kurskorrektur bedürfen. Wir wollen deswegen das Verfassungsschutzgesetz grundlegend überarbeiten und verfassungskonform ausgestalten, aber auch bestehende Strukturen im Verfassungsschutz sollen hinterfragt und gegebenenfalls angepasst werden.

Ein zentraler Punkt sozialdemokratischer Sicherheitspolitik bleibt folgender: Egal um welche Sicherheitsbehörde es geht, die SPD wird keinerlei Rassismus und Extremismus dulden. Polizist*innen und alle anderen Mitarbeitenden des Freistaats leisten einen tollen Job und dürfen keinesfalls unter Generalverdacht gestellt werden. Das Fehlverhalten einzelner Personen muss deswegen umfassend aufgeklärt und konsequent sanktioniert werden. In der Ausbildung von Staatsbediensteten werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Arbeit gegen Rassismus und gegen jeglichen Extremismus legen. Nur so kann ein dauerhaftes Vertrauen aller Bürger*innen in die Sicherheitsbehörden erreicht werden.

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Klare Linien braucht es aber auch in den weiteren Bereichen der öffentlichen Gefahrenabwehr. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind auf eine starke Unterstützung durch den Freistaat angewiesen.

Alle Kommunen in Bayern benötigen erhebliche finanzielle Unterstützung bei der Sanierung und der Neuerrichtung von Feuerwehrrätehäusern, allein in Nürnberg werden von 2018 bis voraussichtlich 2024 18 Feuerwehrrätehäuser modernisiert. Bei diesen Maßnahmen und bei der Beschaffung

von Ausrüstung für die Bekämpfung von Waldbränden muss der Freistaat noch deutlich mehr leisten. Weiterhin muss die Digitalisierung der Feuerwehren vorangebracht werden, zum Beispiel durch die Errichtung einer unabhängigen IT-Entwicklungsstelle. Und auch die Gewinnung von ehrenamtlichen Feuerwehrleuten ist eine zentrale Voraussetzung der nächsten Jahre. Dem Rückgang des ehrenamtlichen Engagements wollen wir als SPD durch die Einführung einer Feuerwehrrente und der Entwicklung von Konzepten, wie mehr Freiwillige aus allen Teilen der Bevölkerung gewonnen werden können, entgegenwirken.

Neben der Hilfe durch die Feuerwehr braucht Bayern auch eine gute Versorgung in der Notfallmedizin. Um hier die hohen Standards zu halten und noch mehr Qualität zu gewährleisten, ist es notwendig in Kooperation mit allen bayerischen Landrät*innen und Bürgermeister*innen individuelle Konzepte zur Sicherstellung der Versorgung mit Rettungswägen und Notärzten für die einzelnen Regionen zu entwickeln. Es muss sichergestellt sein, dass alle Einwohner*innen Bayerns im Notfall innerhalb der gesetzlich vorgesehenen 12 Minuten rettungsdienstliche Hilfe erhalten.

Der bayerische Katastrophenschutz hat in den vergangenen Jahren außergewöhnliche Leistungen erbracht. Durch den Klimawandel und die Zunahme von Extremwetterereignissen wird er in Zukunft noch mehr gefordert werden. Wir als SPD wollen unseren Katastrophenschutz bestehend aus den Feuerwehren und allen weiteren Hilfsorganisationen fit für die Zukunft machen. Hierzu sind mehr geländegängige Fahrzeuge notwendig, die auch für längerfristige autarke Einsätze gewappnet sind. Außerdem müssen durch umfassende Investitionen, die Ausrüstung aller Hilfsorganisationen erneuert und an die zu erwartenden Aufgaben angepasst werden. Um im Einsatzfall immer genügend Material und Ausrüstung zur Verfügung zu haben, müssen bayernweit sowohl regionale als auch zentrale Katastrophenschutzlager errichtet und ausgestattet werden. Weiterhin ist ein dauerhaft aktives Lagezentrum für den Katastrophenschutz auf Ebene des Innenministeriums erforderlich, um im Schadensfall auch regionenübergreifend schnelle Hilfe organisieren zu können.

Alles in Allem steht Bayern innenpolitisch vor großen Herausforderungen. Im Landtagswahlkampf gilt es den Wähler*innen eine klare innenpolitische Alternative zur CSU aufzuzeigen und mit einer sozialdemokratischen Innen- und Sicherheitspolitik zu überzeugen, die größtmögliche Sicherheit bei größtmöglicher Freiheit zu gewährleistet.



FRAUEN, LEBEN, FREIHEIT.

JUGENDLICHE FRAUEN FÜHREN DIE PROTESTE GEGEN DIE UNTERDRÜCKENDE REGIERUNG IM IRAN AN

Iranische Schulumädchen ohne ihr obligatorisches Kopftuch singen das Lied „Baraye“ von Shervin Hajipour, das zur Hymne der Proteste im Iran geworden ist.

† Mahsa Amini, 22 Jahre alt † Hadis Najafi, 22 Jahre alt † Nika Shakarami, 16 Jahre alt

Nachdem Mahsa (gebürtig kurdisch: Jina) am 16. September im Iran von der Sittenpolizei verhaftet und in dieser Haft mutmaßlich ermordet wurde, weil sie ihr Kopftuch „unangemessen“ trug, löste dies eine ungeahnte Protestwelle im ganzen Land aus. Zehntausende Menschen gehen, seit sich Jinas Beerdigung selbst zu einer Demonstration entwickelt hat, auf die Straße und protestieren gegen die weitreichende Unterdrückung durch die Regierung, v.a. gegen die Unterdrückung der Frau. Angeführt werden diese Proteste hauptsächlich von Frauen so jung und meistens gar noch jünger als Jina. Das Durchschnittsalter der Protestierenden beträgt 15 Jahre. Diese jungen Frauen schneiden sich symbolträchtig ihre Haare ab, verbrennen in aller Öffentlichkeit ihre Kopftücher und fordern in lauten Versen mehr Freiheit und ein Ende der „Diktatur“. Weltweit schneiden sich Frauen allen Alters als Zeichen der Solidarität ebenfalls ihre langen Haare ab. Auch wir Jusos sind in Solidarität mit diesen jungen Frauen: „Wir bewundern ihren Mut im Kampf für Freiheit und Feminismus, obwohl Verhaftung und Tod Folge ihres Einsatzes sein können. Als Jusos stehen wir versammelt hinter ihnen“, beschreibt unsere Vorsitzende Linda die Haltung der Jusos. Die Konsequenzen sind allen Protestierenden bewusst, auch wenn die Regierung sie in einigen Fällen mehr schlecht als recht zu vertuschen versucht. Jinas Tod war offiziell Folge einer missratenen Operation eines angeblichen Gehirntumors in ihrer Kindheit. Der Autopsiebericht weist eher auf brutale Kopfschläge hin. Hadis sei offiziellen Berichten zufolge an einem Herzinfarkt gestorben. Ihr Vater wurde laut BBC dazu gedrängt, diese

Todesursache zu bestätigen. Laut Amnesty International ist sie wohl durch Schrotkugeln in Gesicht, Hals und Brust, geschossen aus nächster Nähe, gestorben. Nika sei laut offizieller Stelle von einem hohen Gebäude im Bau in den Tod gesprungen. Die acht angeblich anwesenden Bauarbeiter wurden verhaftet. Nika schreibt in ihrer letzten Nachricht an Freunde und Familie jedoch, sie wurde von Sicherheitskräften nach einer Demonstration verfolgt. Danach ist sie zehn Tage verschwunden. Nikas Leiche wird ihrer Familie laut Zeugen anschließend unter der Androhung übergeben, die offizielle Todesursache zu verbreiten und lediglich eine private und keine öffentliche Beerdigung abzuhalten (damit sich diese nicht wie Jinas zu einer medienwirksamen Demonstration entwickelt). Hierzu kam es laut Nachforschungen jedoch nicht,

da Einsatzkräfte der Regierung die Leiche wieder „stahlen“ und heimlich in der Umgebung beerdigten. Mindestens 150 Personen wurden bereits während der Proteste getötet; rund 30 Kinder, davon Zeugen zufolge neun von Sicherheitskräften. Obwohl die staatlichen Behörden das Internet als auch den Mobilfunk massiv einschränken, dringen diese Geschichten in die Gesellschaft. Dies scheint die Protestierenden jedoch weiter anzuspornen als abzuschrecken. Hochrangige Beamte propagieren, die jungen Frauen seien durch das Internet in eine Falle des Westens getappt. Doch diverse Videos zeigen, dass sich zahlreiche Männer und Frauen ihrem Widerstand in Solidarität anschließen; Jungen verbrennen mit ihnen Kopftücher. Mit diesem Artikel möchten auch wir zu Solidarität – zu Frauen, Leben, Freiheit aufrufen.



Mahsa (Jina) Amini



Premiumadress

Basis

Dialogpost

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST

Ein Service der Deutschen Post

Herzliche Einladung zum

„Wöhrder Gebabbel“ Spannende Gäst*innen, Musik und Heijo Schlein

Heijo Schlein plaudert mit den Eingeladenen zum Thema „Schulbildung in Bayern?“

Dazu gibt es Livemusik von und mit Sven Heissler

Termin: 29.11.2022 um 19 Uhr — AWO-Treffpunkt Ludwig-Feuerbach-Str. 2
Veranstalter: SPD Wöhrd – Eintritt FREI

Wir laden dich herzlich ein zur Parteiöffentlichen Sitzung des Parteiausschusses

„Zukunft der Finanz- und Personalpolitik der Stadt Nürnberg – Neubesetzung der Referatsleitung“

am 24.11.2022 um 19:00 Uhr im Willy-Pröll-Saal des KBZ

Die im Bewerbungsprozess verbliebenen Bewerber*innen stellen sich vor und beantworten eure Fragen.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / NOVEMBER 2022

08.11.2022 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

**Ortsvereinstreffen mit Dr. Nasser Ahmed,
Vorsitzender der SPD Nürnberg**

SIGENA-Plauenerstr. 7,
90491 Nürnberg

09.11.2022 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstr. 300

13.11.2022 – 09:45 Uhr

SPD Kornburg:

Volkstrauertag 2022 in Kornburg

Am Kornburger Mahnmal der Opfer der
beiden Weltkriege und der nationalsozia-
listischen Gewaltherrschaft

15.11.2022 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Mitgliedertreffen

**mit Bürgermeister Christian Vogl
Thema Ferdinand-Drexler-Weg**

16.11.2022 – 19:00 Uhr

SPD Lichtenhof:

Mitgliederversammlung

Z-Bau – Haus für Gegenwartskultur,
Frankenstraße 200,
90461 Nürnberg

16.11.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:

Mitgliedertreffen

Weitere Infos erhältst du direkt beim
Vorsitzenden, Anil Altun

anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de

16.11.2022 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:

Mitgliederversammlung

Wirtshaus Galvani,
Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

29.11.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt:

Mitgliederversammlung

Gesellschaftshaus Gartenstadt

**Bitte beachte, dass es aufgrund der
pandemischen Situation zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte in-
formiere dich rechtzeitig bei deinen Orts-
vereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro,
ob der jeweilige Termin stattfindet.**